

Nur klare Regeln erhöhen die Akzeptanz

VON MAXIMILIAN PLÜCK

Die Corona-Schutzverordnung in Nordrhein-Westfalen hatte sich zuletzt zu einem 37 Seiten starken Monstrum ausgewachsen. Sich in dem Irrgarten der Regelungen zurechtzufinden, war für Nicht-Juristen eine Kunst. Insofern stellt die auf acht Seiten zusammengeschürnte Fassung eine deutliche Verbesserung dar. Und auf den ersten Blick ist sie auch nachvollziehbarer geworden. Denn die Bürger müssen sich nur noch den Inzidenzwert von 35 merken. Je klarer und verständlicher die Regeln sind, desto größer dürfte auch die Akzeptanz sein.

Allerdings gibt es einen Bereich, in dem die Corona-Schutzverordnung extrem schwammig ist: Was passiert, wenn sich die Lage weiter eintrübt? Das alte Regelwerk hatte zumindest bis zu einem gewissen Grad für diese Eventualität Handlungsanweisungen. Und die Lage sieht doch derzeit wie folgt aus: Trotz hoher Impfquote stecken sich von Tag zu Tag mehr Menschen mit der Delta-Variante an. Zugleich erklären die Intensivmediziner, dass in ihren Häusern der Anteil der Menschen steigt, die an Covid erkrankt sind.

Die Länderchefs hatten suggeriert, dass man einen neuen Indikator bekommen werde; einen, der auch die Zahl der im Krankenhaus behandelten Covid-Patienten, die Intensivbettenbelegung, die Impfquote und den R-Wert einbezieht. Denn zugegebenermaßen befinden wir uns dank Tests und Impfstoff in einer anderen Situation als vor einem Jahr. Wenn das NRW-Gesundheitsministerium nach eigenen Angaben diese Werte ohnehin beobachtet, dann ist es einigermaßen verständlich, warum es in Sachen Indikator noch nicht weiter ist. Es reicht nicht, dass der Gesundheitsminister darauf verweist, die anderen Länder hätten ja auch noch keinen. Dann muss er sich dafür starkmachen, dass er zügig kommt.

BERICHT NRW LOCKERT GEMÄSS DER 3G-REGEL, TITELSEITE

Dieses Debakel muss Konsequenzen haben

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Man kann der deutschen Außenpolitik derzeit im besten Fall Naivität vorwerfen. Im schlimmsten Fall muss man ihr den Vorwurf machen, für Lebensgefahr, Leid und Tod mitverantwortlich zu sein. Dass Afghanen, die den Westen unterstützt haben, nun den Taliban in die Hände fallen könnten, ist eine Katastrophe. Wie konnte es so weit kommen? Warum gab es kein abgestimmtes Vorgehen zwischen Außen-, Verteidigungs- und Innenministerium? Warum griff das Kanzleramt nicht ein? Die deutsche Botschaft hat, wie nun bekannt wird, rechtzeitig auf die ausweglose Situation aufmerksam gemacht. Private Organisationen, darunter Soldaten, wiesen wochenlang auf die Notwendigkeit der Unterstützung hin, sammelten Geld, um die Menschen auf eigene Faust auszuliefern. Das spricht Bände und muss politische Institutionen beschämen.

Außenminister Heiko Maas (SPD) steht zu Recht politisch am stärksten unter Druck. Nun sind Rücktrittsforderungen sechs Wochen vor einer Bundestagswahl ein populäres Instrument der Opposition, bringen inhaltlich jedoch nichts. Aber der Bundestag muss in der nächsten Legislatur das Desaster aufarbeiten, um Lehren für die nächsten Einsätze zu ziehen. So sollte künftig ein Ausstiegsszenario von vornherein mitgedacht werden – und mancher Einsatz, etwa der in Mali, sehr genau überprüft werden.

Die Politik muss sich auch sofort verstärkt um die Bundeswehr kümmern: 59 tote Soldaten beim Einsatz in Afghanistan, Verwundete, die ihr Leben lang mit Einschränkungen klarkommen müssen – derzeit sieht es so aus, als sei all das vergeblich gewesen. Das war es nicht. Darüber muss die Öffentlichkeit sprechen. Die Politik muss sich den Fragen der Truppe stellen, das schuldet sie ihr. Mit einem Gedenken allein wird es nun nicht mehr funktionieren.

BERICHT BUNDESWEHR SETZT RETTUNGSMISSION FORT, POLITIK

Impressum RP



VERPENNT

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko sucht im Verhältnis zur EU die Eskalation - indem er Migranten über die Grenze schickt. Die EU ruft zum Krisengipfel. Und Lukaschenko hat schon die nächste Drohung parat.

Flüchtlinge als Waffe

VON ULRICH KRÖKEL

Schleuser im Staatsauftrag. Hybride Kriegsführung. Menschen als Waffen. Die Worte, die derzeit in Litauen, Lettland und Polen fallen, könnten klarer kaum sein. „Wir verdammen die Instrumentalisierung von Migranten durch das Regime in Belarus, das dadurch einmal mehr seine zynische Natur offenbart“, erklärten der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seine litauische Amtskollegin Ingrida Simonyte kürzlich und verbanden dies mit einem gemeinsamen Appell: „Wir fordern die EU auf, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die irreguläre Migration zu stoppen.“

Allerdings will man auf die Stoppsignale aus Brüssel nicht warten. Die lettische Regierung verhängte vergangene Woche den Ausnahmezustand über die Grenzregion zu Belarus. Ziel sei es, den „aus Minsk gesteuerten Zustrom“ von Menschen aus Krisengebieten wie dem Irak, Syrien und Afghanistan konsequenter unterbinden zu können. Litauen schickte Soldaten, um den eigenen Grenzschutz zu verstärken. Zuvor hatte das Parlament ein Gesetz gebilligt, das den Bau einer militärischen Sperranlage an der 680 Kilometer langen Grenze zu Belarus beschleunigen soll.

Polen erwägt ebenfalls die Errichtung neuer Sperrzäune. In der Region will auch niemand Vergleiche mit dem Bau einer „Mauer zu Mexiko“ akzeptieren, die US-Präsident Donald Trump zum Prestigeobjekt seiner rigiden Migrationspolitik machte. „Wir verteidigen uns gegen einen Angriff“, heißt es fast gleichlautend in Riga, Vilnius und Warschau. Das sieht man in Brüssel nicht wesentlich anders. In der EU-Kommission ist von einer „ernsthaften Sicherheitsbedrohung“ die Rede, die von den

Aktionen des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko ausgehe.

An diesem Mittwoch schalteten sich deshalb die Innenminister der 27 EU-Staaten per Video zu einem Krisengipfel zusammen. Mit dabei sind die Spitzen der EU-Asylagentur, der Grenzschutzbehörde Frontex und von Europol. Dabei geht es vorerst nicht um weitere Sanktionen. Vielmehr wollen die Innenminister konkrete Handlungsoptionen entwickeln, um die EU gegen Lukaschenkos „hybride Angriffe“ zu schützen. Der Begriff bezeichnet den offensiven Einsatz von irregulären, meist nicht-militärischen Konfliktmitteln im Übergangsbereich zum erklärten Krieg. Cyberattacken sind das bekannteste Beispiel. Im Falle von Belarus ging es zuletzt aber vor allem um die

gezielte Einschleusung von Menschen aus Krisenregionen in die EU. Allein Litauen zählte in diesem Jahr bereits 4000 Fälle, davon 2000 im Juli. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2020 waren es nur 81 illegale Grenzübertritte. Doch seither hat sich das Verhältnis zwischen Lukaschenko und der EU dramatisch verschlechtert. Wichtigster Grund waren die Massenproteste nach der manipulierten Präsidentenwahl in Belarus vor einem Jahr. Die EU erkannte die Wahl nicht an und verhängte Sanktionen gegen das Regime in Minsk. „Dafür will sich Lukaschenko rächen, indem er künstlich Migrationsdruck erzeugt“, sagt Pawel Latuschko. Der 48-Jährige koordiniert die belarussische Exil-Opposition in Warschau.

Auch das ist ein Grund für den „Angriff“ auf Polen und Litauen: Beide Länder beherbergen und fördern belarussische Regimegegner. Lukaschenko wirft den Nachbarstaaten deshalb seinerseits vor, sich aggressiv in die inneren Angelegenheiten von Belarus einzumischen. Zuletzt kündigte er an, alle Mittel auszuschnüpfen, um sich aus dem „Würge-

INFO

Mit Zynismus und Brutalität gegen die Opposition

9. August 2020 Der langjährige belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko hatte sich bei der Präsidentschaftswahl vor einem Jahr mit knapp 80 Prozent zum Wahlsieger erklären lassen. Die Europäische Union erkennt ihn seitdem nicht mehr als Präsidenten seines Landes an, Russland und China dagegen schon.

Repression Die Opposition hat viele Enttäuschungen und Niederlagen einstecken müssen seit dem Wahltag. Gegen die Massenproteste, denen sich in den Monaten nach der Wahl teils Hunderttausende Menschen anschlossen, gingen die autoritären belarussischen Behörden so brutal vor, dass sich nun fast niemand mehr auf die Straße traute. Die weiß-rot-weißen Flaggen des Widerstands sind etwa in Minsk weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden.

Pläne Derzeit lässt Lukaschenko eine neue Verfassung ausarbeiten. Diese soll weniger Befugnisse für den Präsidenten enthalten. Die Opposition hat das als Farce bezeichnet. Bei der nächsten Präsidentschaftswahl wolle er nicht mehr kandidieren, sagte Lukaschenko kürzlich – ließ aber offen, ob er dann die Besetzung anderer Ämter anstrebe.



Ein irakisches Mädchen in einem litauischen Flüchtlingslager. FOTO: AP

griff des Westens“ zu befreien. So werde er prüfen lassen, ob die belarussischen Sicherheitsdienste bei der Bekämpfung von Schmuggel mit Nuklearmaterial weiter mit der EU zusammenarbeiten sollten. Ein halbes Dutzend solcher Fälle gab es 2020.

Nimmt man Lukaschenkos kaum verhüllte Drohung ernst, könnte das im äußersten Fall heißen, dass Belarus Atomsmuggler gewähren lässt – oder sogar illegale Transporte organisiert. Denn genau so funktioniert es nach Erkenntnissen von EU-Behörden und journalistischen Recherchen bei dem künstlich erzeugten Migrationsdruck. Demnach werben Mittelsleute vor allem im Irak ausreisewillige Menschen an, die sie mit dem Versprechen einer reibungslosen Weiterreise in die EU ködern und mit Touristenvisa für Belarus versorgen. Flug nach Minsk inklusive. Dort werden sie zunächst in Hotels untergebracht und schließlich an die EU-Grenzen gefahren, wo sie zu Fuß auf den Weg nach Westen geschickt werden.

Greifen Grenzschützer die Migranten auf, kommt es in der angespannten Lage immer öfter zu sogenannten Pushbacks: Die Menschen werden notfalls mit Gewalt zurückgedrängt. All das hat in der Region inzwischen zu Szenen geführt, die aus Griechenland bekannt sind und von der Balkanroute, vor allem aus Ungarn. Zurückgewiesene harrten teilweise im Niemandsland aus, meist in notdürftig errichteten Zelten. Denn Lukaschenko hat seinerseits die Grenze schließen lassen. Die belarussischen Behörden weigern sich, die eingeflogenen und in den Westen gedrängten Migranten wieder aufzunehmen.

Der Europäischen Union ist es mittlerweile zwar gelungen, den „staatlich organisierten Menschenhandel“, von dem Experten sprechen, in Zusammenarbeit mit irakischen Behörden einzudämmen. Angesichts der dramatischen Lage in Afghanistan ist aber nicht auszuschließen, dass sich von dort eine neue Fluchtbewegung auch über Belarus in die EU entwickelt.

WISSENSDRANG

Gegen meine letzte Kolumne wandte ein Leser ein, heute könne man nicht mehr zwischen Tatsachenfragen, die nur die Wissenschaft beantworten kann, und politischen Meinungen unterscheiden. Die Wissenschaft vermittele uns nicht mehr die eine Wahrheit, die uns die gewünschte Sicherheit gibt. In der Tat wurde die Wissenschaft in der Corona-Krise auch instrumentalisiert, um politischen Maßnahmen Autorität zu verleihen. Ein gewisses Misstrauen ist angebracht. Auf die Wissenschaft können wir deswegen nicht verzichten. Vernünftige Entscheidungen kann nur treffen, wer sich auf Tatsachen stützt, soweit sie eben bekannt sind – etwa in Gestalt von Statistiken über die Wirkungen von Corona, die möglichen Nebenwirkungen von Im-

Wissenschaft ohne Gewissheit

Entscheidungen brauchen Fakten. Dennoch muss über Meinungen geredet werden.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

pfungen, auf nicht nur subjektives Wissen über ökonomische und psychosoziale Folgen von Lockdowns. Und man sollte sich von einem illusionären Bild der Wissenschaft aus dem 17. Jahrhundert verabschieden: Der Idee, dass Wissenschaft eigentlich Gewissheit und Endgültigkeit bedeutet. Der gewöhnliche Sturkopf kann für seine Meinung Gewissheit beanspruchen und sich weigern, Dinge zur Kenntnis zu nehmen, die dagegensprechen. Er kann sich dabei sogar auf die Meinungsfreiheit berufen. Eine Wissenschaftlerin kann das nicht. Was sie gegenwärtig zu den Gefahren von Covid und denen von Impfungen sagen kann, stützt sich auf die Forschung von Tausenden von Wissenschaftlern, die ihre Befunde untereinander abgleichen und vorschnellen

Verallgemeinerungen und Empfehlungen widersprechen. Das vermittelt nicht den Eindruck von Einigkeit, aber es ist nun einmal die sicherste Stütze, die wir jeweils haben. Welche politischen Maßnahmen ergriffen werden sollten, ist damit noch nicht entschieden.

Man sollte sich immer fragen, welchen Preis wir für welche Risikovermeidung zahlen wollen und welche Opfer man welchen Gruppen zumuten darf. Diese Fragen, zu denen auch Laien sich eine begründete Meinung bilden können, werden leider weniger diskutiert als die Inzidenz.

Maria-Sibylla Lotter ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.